

Zeitschrift:	Berner Rundschau : Halbmonatsschrift für Dichtung, Theater, Musik und bildende Kunst in der Schweiz
Herausgeber:	Franz Otto Schmid
Band:	3 (1908-1909)
Heft:	3
Artikel:	Freuzügigkeit und Asylrecht in ihrer Bedeutung für den Bundesstaat
Autor:	Fürstenberg-Fürstenberg, A.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-747949

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

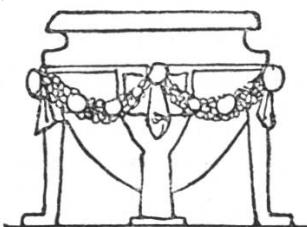
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zuheben wären noch Hugo Siegwarts „Steinstoßer“, Walter Mettlers „Wasserträgerin“, Paul Oßwalds „Mangliani“, J. Schär-Krauses „Schmerz“ und A. Boeschs „Knabe mit Erdkugel“.

Damit genug des Aufzählens. Gewiß wäre noch mehr des Guten und Schönen zu erwähnen, das teils durch schlechte Platzierung, teils durch seine Umgebung um die Wirkung gebracht und daher nicht beachtet wurde. Auch der Kritiker ist nur ein Mensch. Wer in diesem unsäglich ermüdenden Durcheinander, wie es sich namentlich in den Kasinosälen breit macht, noch einen völlig klaren Kopf zu behalten vermag, muß schon ein Halbgott sein. Die nächste nationale Kunstausstellung wird es sich daher angelegen sein lassen müssen, ein etwas sorgfältigeres und geschlosseneres Bild zu bieten im Interesse der Be- schauer und vor allem im Interesse der ausstellenden Künstler selbst.



Freizügigkeit und Asylrecht in ihrer Bedeutung für den Bundesstaat.

Von A. Graf zu Fürstenberg-Fürstenberg.



Für das Schweizer Staatswesen, dem die internationale Anerkennung der Neutralität in sozialer Hinsicht eine besondere Prärogative sichert, erscheinen vor allen Dingen zwei Fragen von größter Wichtigkeit: die Stellung zur Freizügigkeit und zur Gewährung des Asylrechtes.

Unter Freizügigkeit haben wir dabei drei Aktionen des freien Individuums zu verstehen, die in jeder Beziehung ein Hauptinteresse der staatlichen Bevölkerungspolitik bilden, einmal die äusseren Wanderungen, eingeteilt in Ab- und Zuwanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes und zum andern die innern Wanderungen, d. h. die Verlegung des Wohnsitzes innerhalb des Bereiches der Konföderation. Als nicht minder wichtiges Moment kommt dann noch das von der Regierung ausdrücklich gewährleistete Asylrecht für politische Flüchtlinge hinzu, welches mit den gegebenen Faktoren der Freizügigkeit das Gesamtaugenmerk des Schweizer Wirtschafts- und Sozialwesens auf sich ziehen muß.

Es ist nicht zu verkennen, daß auf dem Gebiete der Bevölkerungs-

politik für den Bund ganz andere Gesichtspunkte maßgebend sind und sein müssen als z. B. für die anliegenden großen kontinentalen Staatsgebilde. Wir können weder, wie das eine feststehende Regel für eine gesunde Bevölkerungspolitik sein soll, den Strom der Auswanderer so leiten, daß wir aus den Kräften, die dem Mutterlande entzogen werden, einen Nutzen für koloniale Besitzungen gewinnen, noch ist es uns möglich, ihn an bestimmte Grenzbezirke zu werfen, um ihn dort zur Ausdehnungs- und Kulturarbeit zu verwerten. Ein Gegengewicht, gewissermaßen ein Präventivmittel, finden wir nur in der jeweiligen glücklichen wirtschaftlichen Position, die eine Abwanderung illusorisch zu machen geeignet ist und in gesetzlichen Bestimmungen über die Beibehaltung des Bürgerrechts auch bei Naturalisation im Auslande, sowie dem Optionsvermögen der Kinder des Ausgewanderten für ihr altes Vaterland und endlich durch die in der Militärpflicht gebotenen Beschränkungen.

Alle Maßregeln sind jedoch keineswegs ausreichend, um eine vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik notwendige Steigerung der gesunden, den Kern der Nation bildenden Volksmasse innerhalb der gebotenen Bedürfnisse zu fördern. Selbstverständlich wollen wir aber auch nicht in einer möglichst großen Bevölkerungsziffer den höchsten Segen und nach Malthusischer Lehre und ihren Extraktien, sie zu erreichen, die Hauptaufgabe unserer Regierung sehen. Die Verfolgung eines derartigen Prinzips würde bei der scharf markierten Abgrenzung unseres Interessen gebietes durchaus inopportun erscheinen.

Der Schweizer Bundesstaat muß vielmehr durch Ansiedelung und Sesshaftmachen der für ihn aus der dauernd starken Einwanderung in Betracht kommenden Elemente, die er durch ökonomische Vorteile, deren erster in der demokratischen Verfassung selbst zu suchen ist, durch Aufhebung der Beschränkungen in der Freiheit der Berufswahl, durch Beschaffung von Gelegenheit zur Ausbildung der Arbeitskräfte auf geistigem und technischem Gebiete, Sorge tragen für eine in der Freizügigkeit begründete Volksvermehrung.

Die auf populationistischen Untersuchungen zweckentsprechend zusammengestellten Statistiken sind geeignet, ihm dabei das einschlägige Material für eine, auch gesetzlich zu befürwortende Auslese zu bieten. Um ein Beispiel anzuführen, möge eine aus der Zählung von 1900 datierte Tabelle hier Platz finden. Darnach waren bei einer gesamt eingebürgerten Bevölkerung von 2,932,019; 383,424 Ausländer und zwar darunter 168,451 Deutsche, 117,059 Italiener und 58,522 Franzosen. Unser Vorschlag ginge nun dahin, die aus diesen Einwanderern in Betracht kommenden Ausländer, sofern sie nicht durch fremdländische Militärpflicht oder anderweitige legale Bestimmungen in ihrer Freizügigkeit beschränkt sind, im Bundes- und wahlfreien Kanton gebiet fristlos

oder mit geringer Aufenthaltspflicht (natürlich unter Wahrung der pefuniären Staatsinteressen) einzubürgern, um sie einmal in rassehngie- nischer Erkenntnis als wünschenswerte Blutauffrischung zu nützen (wir sprechen da selbstverständlich nur von Rasseverwandten, nicht etwa unter dem gesellschaftlichen Niveau stehenden Einwanderern) und in zweiter Linie, im Notfall eine gegebene Verstärkung der militärischen Macht- mittel aus ihnen zu ziehen. Auf solcher Basis wäre eine aus der äußenen Freizügigkeit resultierende Einwanderung am glücklichsten zum Nutzen des Staates zu werten.

Leider wird in nicht unbedeutendem Maße, namentlich in der neuesten Zeit, diese Zuwanderung verstärkt durch Flüchtlinge, die häufig in unlauterer Weise das Schweizer Asylrecht für sich in Anspruch nehmen. Den heutigen Umständen nach erscheint die ideale Grundlage einer Zu- fluchtsgewährung ganz unter der folgenschweren Ausnützung von Seiten staatsumwälzender Elemente zugrunde gegangen zu sein. Wenn der bekannte Zürcher Rechtslehrer J. C. Bluntschli noch im Jahre 1865 das Wesen des Asylrechts in den Säzen zusammenfassen konnte:

„Zugleich dient die neutrale Schweiz als ein Zufluchtsort für die Verfolgten aller Parteien, als eine Friedensstätte, an deren geheiligten Grenzen sich die Brandung des Krieges bricht, in welche die Wut der Parteileidenschaft nicht überschäumen und in welcher sogar der Zorn der politischen Gerechtigkeit auch den Schuldigen nicht ergreifen darf. Dieses Asylrecht aber ist ein großer Segen für die gespannten Zustände Europas, dem die Schweiz den Dienst eines Ventils leistet, eine wichtige Forderung der Menschlichkeit und eine Rettung für viele begabte, aber unglückliche Individuen vor sicherem Untergang;“ so dürfen wir nach manchen Vorgängen in letzter Zeit kaum mehr in die Lage kommen, diese Ausslassung in allen Punkten zu unterschreiben.

Für die Schweiz selbst, und das ist aus staatsegoistischen Gründen für uns zunächst maßgebend, ist das Asylrecht, welches aus den edelsten Motiven entsprungen, teilweise zu einem Krebschaden in der Bewegungsfreiheit geworden. Wie sehr wir damit zu kämpfen haben, das zeigt uns wieder das vor kurzer Frist neu projektierte russisch-schweizerische Sprengstoffübereinkommen, nach welchem (endlich) Bombenattentäter nicht mehr den politischen Verbrechern zugerechnet werden sollen.

Auch die Niederlassung politischer Flüchtlinge im Bundesgebiete ergibt infolge der schrankenlosen inneren Freizügigkeit eine nicht unerhebliche Gefahr für einzelne Kantone. Wir finden meistens in den großen Städten ein stark zusammengedrängtes Kontingent derartiger Elemente und sehen als Folgeerscheinung die Durchseuchung solcher Zentren mit den von der Staatsgewalt hier vergebens bekämpften Ideen. Man erinnere sich hier nur der in den letzten Wochen des vergangenen Jahres

stattgehabten lokalen antimilitaristischen Kundgebungen oder an die Terrorisierungen von Behörden und Privaten.

Trotz alledem wäre aber eine vollständige Einschränkung des Asylrechtes wohl kaum am Platze. Von vorübergehenden Ausnahmefällen ist unseres Erachtens weit mehr zu erhoffen. Als ein solches und durchaus zweckentsprechendes käme in hervorragender Weise der Vorschlag einer „zeitlichen Schutzfrist“ für politische Flüchtlinge in Erwägung, d. h. die Bewilligung zur Niederlassung für derartige Zuwanderer nur für bestimmte, später je nach Maßgabe beliebig zu verlängernde Zeiträume.

Nicht minder wichtig würde in weiterer Hinsicht auch eine zielbewußte, obrigkeitliche Beschränkung ihrer Freizügigkeit im Bundesgebiete sein und die Anweisung fester, den Verhältnissen des Einzelindividuums entsprechender, aber von den andern möglichst getrennter Wohnbezirke.

In Befolgung dieser und ähnlicher Richtlinien dürfte sich am besten für unsern Staatskörper das Wesen der Freizügigkeit und des Asylrechts regeln und die in beiden gezeigten Gefahren beseitigen lassen.



Abendlied.

Lieb — die Sonne schickt sich an
Abendröten auszubreiten.

Schwanker Nebel flüchtig Gleiten
Füllt bald den Wiesenplan.

Stunden nahen, da wir gern
In ein stilles Glück versinken,
Und von ferne gütig winken
Lassen wir den Abendstern.

Theo Bæchlin.

